

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Mehr Quereinsteiger als voll ausgebildete Lehrer eingestellt – Maßnahmen zur Qualitätssicherung jetzt umsetzen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- die Unterrichtsverpflichtung für Quereinsteiger von derzeit 19 Stunden deutlich abzusenken.
- jedem Quereinsteiger mit Arbeitsbeginn in der Schule auch einen Referendariatsplatz zur Verfügung zu stellen.
- sicherzustellen, dass ausreichend erfahrene Lehrer mit einer ausreichenden Stundenzahl als Tutor für quereinsteigende Lehrer zur Verfügung stehen und dass Berufsanfänger keine Tutoraufgaben übernehmen. Pensionierte Lehrer werden gezielt für die Übernahme der Referendariatsbetreuung angesprochen.
- sicherzustellen, dass es an Schulen nicht zu einer Konzentration von Quereinsteigern kommt, und dass Quereinsteiger während ihrer Ausbildung nicht in Leistungskursen der gymnasialen Oberstufe unterrichten.
- sicherzustellen, dass für jeden Quereinsteiger für die Zeit nach dem Referendariat ggf. nach dem Studium ein individueller Fortbildungsplan ausgearbeitet wird.
- quereinsteigenden Lehrern keine unbefristeten, sondern zunächst auf fünf Jahre begrenzten Verträge zu geben.

- alle Teilzeitvereinbarungen, Beurlaubungen, Vorruhestandsregelungen etc. voll ausgebildeter Lehrer im Dialog mit den Betroffenen auf den Prüfstand zu stellen, mit dem Ziel, möglichst viele Stunden mit voll ausgebildeten Lehrern abzudecken. Außerdem soll pensionierten Lehrern die Übernahme kleinerer Lehrverpflichtungen attraktiver gemacht werden.

- ein Stipendienprogramm für Studenten aufzulegen, die Mangelfächer studieren und sich nach Abschluss des Studiums und Referendariats für eine bestimmte Zeit als Lehrer an die Berliner Schule binden.

Begründung:

Berlin leidet an anhaltendem Lehrermangel, insbesondere an den Grundschulen. Um die Unterrichtserteilung sicherzustellen, greift die Senatsverwaltung zunehmend auf die Einstellung von Personen mit Studium zurück, die in einer 18-monatigen Ausbildung berufsbegleitend zu Pädagogen ausgebildet werden. Gegen die Einstellung von solchen „Quereinsteigern“ ist grundsätzlich nichts einzuwenden, denn sie können gerade an Berufsschulen wichtige Erfahrungen aus der Arbeitswelt in den Schulalltag einbringen.

19 Stunden ohne pädagogische Ausbildung immer heterogener werdende Schülergruppen zu unterrichten und gleichzeitig noch eine anspruchsvolle Ausbildung zu absolvieren, stellen aber eine hohe Belastung für die Betroffenen dar, an der immer mehr Quereinsteiger scheitern. Außerdem erleben die Schüler jahrelang einen qualitativ weniger guten Unterricht, als wenn sie von voll ausgebildeten und erfahrenen Lehrkräften unterrichtet würden. Da zum Schuljahr 2017/2018 die Anzahl der an Grundschulen eingestellten Quereinsteigern, die der voll ausgebildeten mittlerweile sogar übersteigt (53 % Quereinsteiger), sind im Rahmen der derzeit laufenden Haushaltsberatungen zur Qualitätssicherung und zum Schutz der betroffenen Lehrer und Schüler dringend die genannten kurz-, mittel- und langfristig wirkenden Maßnahmen zu treffen, die teils auch auf dem Beschluss des Abgeordnetenhauses (Drucksache 17/1902) aus dem Jahr 2014 basieren, der vom Senat bisher nicht umgesetzt wurde.

Berlin, 5. September 2017

Graf Bentele
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU